

Solidarpakt

Füllhorn für Ostdeutschland

Von Christian Geinitz

03. Juli 2008 Im Osten viel Neues und einiges Gute. Die Industrie wächst schneller als in den alten Ländern und schafft mehr Beschäftigung. Erstmals seit Beginn der neunziger Jahre dürfte es 2008 weniger als eine Million Arbeitslose geben. Zugleich ist das Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem Westen gefallen. Leider spiegeln die Zahlen nur die halbe Wahrheit. Zählt man West-Pendler und Unterbeschäftigte zusammen, fehlen noch immer 1,8 Millionen Stellen. Die gesamte Wirtschaftsleistung legt schwächer zu als im Westen, das Bruttoinlandsprodukt je Kopf - die entscheidende Kennziffer für die Konvergenz - kommt dem Referenzwert nicht näher. Ohne die Milliardentransfers für die Sozialsysteme und den Aufbau Ost ist die Region auch achtzehn Jahre nach der Wiedervereinigung nicht überlebensfähig. Im Jahr ihrer Volljährigkeit können die neuen Länder noch immer nicht alleine laufen.

Die Politik hat eine einfache Lösung für diese Misere parat: Sie wirft dem alten Geld neues hinterher. Bis zum Ende des Solidarpakts II nach 2019 erhalten die ostdeutschen Landeshaushalte 105 Milliarden Euro aus dem Finanzausgleich. Obwohl fast alle ostdeutschen Regierungen Mittel aus diesem „Korb I“ falsch eingesetzt haben, verzichtet der Bund auf Sanktionen oder darauf, die Verwendungskriterien anzupassen. Neben den direkten Etazuweisungen stellt Berlin 51 Milliarden Euro für Aufbau-Ost-Programme zur Verfügung. Im Jahr vor der Bundestagswahl und drei Landtagswahlen im Osten verteilen SPD und Union aus diesem „Korb II“ derzeit großzügig das Geld der Steuerzahler. Kürzlich versprach Aufbau-Ost-Minister Wolfgang Tiefensee (SPD), das 2,5 Milliarden Euro teure Programm Stadtbau Ost bis 2016 fortzusetzen. Zuvor hatte das zuständige Bundesamt gewarnt, viele Kommunen rissen mit dem Geld alte Innenstadtgebäude ab und sanierten Plattenbauten. Genau das Gegenteil sollte das Programm erreichen.

Die Pläne der Union und der SPD unterscheiden sich nicht wesentlich

Die Union trägt den Stadtbau ebenso mit wie die Industrieförderung. Ihr jüngst beschlossenes Zehn-Punkte-Programm für Ostdeutschland unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der SPD.

So verlangt es die Beibehaltung der Förderhöhe in der Gemeinschaftsaufgabe (GA), die im Zuge des Subventionsabbaus eigentlich gesenkt werden sollte und müsste. Genauso enig sieht man sich mit Tiefensee in dem Wunsch, die Investitionszulage zu verlängern. Ursprünglich hätte sie 2006 auslaufen sollen, sie wurde aber im Wahljahr zuvor bis 2009 fortgesetzt.

Damals wie heute war diese Entscheidung politisch und nicht ökonomisch motiviert - und grundfalsch. Die Investitionszulage, die den Steuerzahler 650 Millionen Euro im Jahr kostet, ist das widersinnigste aller Förderwerkzeuge und gehört nicht verlängert, sondern abgeschafft - je schneller, desto besser. Gerade dass sie im Osten so beliebt ist, macht sie verdächtig. Die Länder müssen sie, anders als die GA, nicht kofinanzieren, der bürokratische Aufwand der Antragsteller fällt weitgehend weg. Auf die Steuerbefreiung von bis zu 27,5 Prozent für Anschaffungen von Industrie und Handwerk besteht im Osten ein Rechtsanspruch. Die Förderung wird ohne Einzelfallprüfung unabhängig von der Bedürftigkeit gewährt und davon, ob die Investition sinnvoll und dauerhaft ist.

Forscher warnen: Eine Einladung zu Mitnahmeeffekten

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben mehrfach gewarnt, dass das Instrument zu Mitnahmeeffekten geradezu einlade. Einer Untersuchung zufolge hätte die Hälfte der Unternehmen die Investitionen auch ohne die Staatsgeschenke getätigt. Andere fühlten sich durch die Risikoteilung mit der öffentlichen Hand zu Anschaffungen ermutigt, die sich letztlich als Fehlinvestitionen herausstellten. Drittens schließlich begünstigt die hohe Förderung des Produktionsfaktors Kapital solche Investitionen, die wenig arbeitsintensiv sind. Die Investitionszulage bringt die Beschäftigung im Osten, die den Politikern vorgeblich am meisten am Herzen liegt, also kaum voran. Ebenso wenig hilft die Zulage für die Beflügelung von Zukunftsbranchen und „Clustern“. Vielmehr stellt sie eine unkontrollierbare und kontraproduktive Gießkannenförderung da - ohne jede Steuerungsmöglichkeit zur räumlichen oder inhaltlichen Schwerpunktbildung der im Osten nötigen Investitionen.

Tiefensee, welcher der Fördergeldverschwendung eigentlich den Kampf angesagt hatte, wird im heraufziehenden Vorwahlkampf weiter mit dem Füllhorn durch die ostdeutschen Lande ziehen.

Mit Rücksicht auf die Wähler und die Ost-Ministerpräsidenten im Bundesrat tragen Kanzlerin Angela Merkel und ihre Union den Spendierkurs mit. Etwas gebremst werden sie allenfalls von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), der das ostdeutsche Fass ohne Boden ziemlich leid ist. Auch die westdeutschen Länder und Kommunen stellen die Milliardentransfers zunehmend in Frage. Kürzlich klagten fünf pfälzische Gemeinden gegen ihre Beitragspflicht. Juristisch unterlagen sie, politisch werden sie spätestens dann Unterstützung erhalten, wenn die Ostländer einen Solidarpakt III verlangen. Die Kanzlerin wiegelt ab und sagt, das sei „zur Zeit“ kein Thema. Früher oder später wird dieser Ruf aber kommen.

Weiter mit „wie entstand der Schuldenberg?“

<http://www.poolalarm.de/kindersuchdienst/DDR-schule.htm#schulden>

<http://www.poolalarm.de/kindersuchdienst/DDR-schule.htm#DDR-hauser>